

# «Bevölkerung sorgt zu wenig vor»

Die Landtagsabgeordneten sind sich einig: Bei der Finanzierung von Pflegekosten muss sich etwas tun. Denkbar ist eine obligatorische Pflegeversicherung sowie eine stärkere finanzielle Verantwortung der Familienmitglieder.

ANGELA HÜPPI

**VADUZ.** Die «Aktuelle Stunde» des Landtags widmete sich gestern dem Thema Pflegeversicherung, das von der FBP-Fraktion vorgeschlagen wurde. Diese stellte zwei provokative Thesen in den Raum, die eine lebhaft Diskussion anstossen sollten. Die erste These lautete, dass die Einführung einer staatlich verordneten Pflegeversicherung unumgänglich sei, weil die Bevölkerung selbst zu wenig fürs Alter vorsorge, und gemäss der zweiten These sollen Pflegekosten vermehrt durch die Betroffenen selbst und ihre Familienmitglieder bezahlt werden. Dass etwas geschehen muss, darüber waren sich die Abgeordneten gestern einig, denn gemäss Schätzungen steigen die gesamten Betreuungs- und Pflegekosten von heute fast 30 Millionen Franken in den kommenden 20 Jahren auf 70 Millionen Franken, wie Manfred Batliner (FBP) in seinem Einstiegsreferat ausführte.

## «Reformbedürftiges Flickwerk»

Die Idee einer obligatorischen Pflegeversicherung fanden einige Abgeordnete zumindest prüfenswert. «Ich hoffe, dass mit dieser Aktuellen Stunde der Startschuss für eine Pflegeversicherung fallen wird», sagte etwa die VU-Abgeordnete Karin Rüdiger-Quaderer. Die Einführung des Pflegegelds sei zwar ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung gewesen, angesichts der demografischen Entwicklung könne man hier aber nicht stehen bleiben.

Und auch Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (VU) hält eine obligatorische Pflegeversicherung für die «zuverlässigste Lösung». Bei der Umsetzung müsse aber unbedingt eine Lösung mit den Krankenkassen oder den Institutionen der Altersvorsorge gesucht werden.



Bild: Daniel Schwendener

Christoph Beck (VU) kritisiert, dass im heutigen System bestraft wird, wer fürs Alter vorsorgt.

Auch aus Sicht der Regierung ist eine obligatorische Pflegeversicherung eine Option. Denn zurzeit wird die Pflege über verschiedene Wege finanziert: «Es handelt sich um ein reformbedürftiges Flickwerk», sagte Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini. Der Vorteil einer Versicherung sei zudem, dass nicht jeder die möglichen Gesamtkosten einer späteren Pflegebedürftigkeit ansparen müsse, sondern das Risiko auf alle Einwohner verteilt werden könnte. So müssten Personen ab 40 bis 45 Jahren etwa 60 bis 90 Franken im Monat für eine Pflegeversicherung einzahlen, damit alle Pflegekosten gedeckt wären. Gleichzeitig müsse man die Bevölkerung aber dazu motivieren, künftig auch mit eigenen Ersparnissen Vorsorge zu leisten.

## «Wer spart, wird bestraft»

Mehr Eigenverantwortung forderten auch die DU-Abgeordneten. «Eine Versicherung ist

nicht geeignet, die Kosten niedrig zu halten», sagte etwa Erich Hasler. Wer wolle, könne zudem heute schon eine Pflegeversicherung abschliessen. Das Problem sei nur, dass zu wenig Anreize bestünden, selbst vorzusorgen: «Letztlich erhält jeder praktisch die gleiche Pflege, egal ob er vorgesorgt hat oder nicht.» Man müsse daher überlegen, ob man sich ein Einklassensystem künftig noch leisten könne. Dem schloss sich auch der VU-Abgeordnete Christoph Beck an: «Wer spart, wird bestraft», sagte er zur heutigen Situation.

Eine Möglichkeit, die Eigenverantwortung zu stärken, liegt in der Schliessung von spezifischen Schlupflöchern. So wies FBP-Fraktionssprecherin Christine Wohlwend darauf hin, dass viele Rentner zu Beginn ihrer Pension die Gesamtkapitalleistung beziehen, das Geld ausgeben und später vom Staat unterstützt werden müssen. Zudem müssten bei der

Ermittlung der Vermögenssituation auch Erben und Beschenkte hinzugezogen werden, denn eine frühe Schenkung oder Vererbung des Vermögens sei heute eine legale Art und Weise, vor dem Staat unberechtigterweise als mittelloses dazustehen und Ergänzungsleistungen zu beziehen. Überhaupt sei es das einzig Richtige, wenn Kinder für ihre Eltern im Alter aufkommen würden: «Sie wurden von ihnen jahrelang unterstützt, da ist es nur richtig, sie dafür zu entschädigen.»

## Den Staat braucht es trotzdem

Manfred Batliner (FBP) wies darauf hin, dass sich in anderen europäischen Ländern häufiger als in Liechtenstein Familienangehörige um die Pflegebedürftigen kümmern. In Deutschland gebe es zudem auch eine Verpflichtung für Kinder, Unterhaltsleistungen an ihre Eltern zu bezahlen. «Anscheinend ist der familiäre Zusammenhalt in an-

deren europäischen Ländern grösser als in Liechtenstein», so Batliner. Karin Rüdiger-Quaderer (VU) wandte allerdings ein, dass die heutigen Familienstrukturen in diese Überlegungen miteinbezogen werden müssen: «Wenn ein Kind aufgrund der Scheidung der Eltern zu einem Elternteil jahrelang keinen Kontakt mehr hatte, wird es im Erwachsenenalter wohl kaum gewillt sein, für dessen Pflege aufzukommen.» Letztlich brauche es einen gesunden Mix aus Eigenverantwortung, Verantwortung der Angehörigen und Beiträgen des Staats.

«Der Staat kann sich nicht aus der Pflicht nehmen», meinte auch der stellvertretende FL-Abgeordnete Patrick Risch. Denn wo Geringverdiener sich die Versicherung nicht leisten könnten, müsse der Staat weiterhin einspringen.

## Eigenverantwortung gefordert

Letztlich waren sich die Landtagsabgeordneten nicht einig, ob es künftig eine obligatorische Pflegeversicherung braucht oder nicht. Sie stimmten aber überein, dass das bestehende System künftig nicht ausreichen wird. Statt einer Versicherung sprach sich beispielsweise Thomas Lageder (FL) für eine Stärkung der bereits bestehenden Sozialinstitutionen aus, etwa durch die Erhöhung der Beiträge an die Pensionskasse. «So würden weitere Administrationskosten verhindert», sagte er.

Egal, ob die obligatorische Pflegeversicherung kommt oder nicht, der Tenor der gestrigen Aktuellen Stunde war deutlich: Künftig wird die Bevölkerung für ihre Altersvorsorge mehr Eigenverantwortung übernehmen müssen – und auch Angehörige werden möglicherweise stärker in die Pflicht genommen, damit der Staatshaushalt nicht noch weiter belastet wird.